

Waren- und Kapitalexport in der sozialistischen Wirtschaft

Autor(en): **Erlenbach, Stefan A.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **26 (1947)**

Heft 9

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-335719>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

STEFAN A. ERLNBACH

Waren- und Kapitalexport in der sozialistischen Wirtschaft

Zürich, im Juli 1947.

Das Problem des Waren- und Kapitalexportes ist in der sozialistischen Literatur und nicht zuletzt in der Tagespresse mehr als umstritten. Grundsätzliche theoretische Lösungsversuche scheinen, soweit wir sehen können, noch nicht unternommen worden zu sein. Die Frage wurde und wird überwiegend von außerwirtschaftlichen, vorwiegend politischen Gesichtspunkten behandelt.

Für die marktgesteuerte, arbeitsteilige Wirtschaft mit Sondereigen an Produktionsmitteln, kurz, für die kapitalistische Wirtschaft, gilt nach wie vor unbestritten das von Adam Smith formulierte Grundgesetz, wonach «Sachgüter und Kapitalien vom Orte höheren zum Orte geringeren Drucks» strömen. Wie die hinlänglich bekannten Ereignisse seit der Zwischenkriegszeit sattem bewiesen haben, hat sich auch innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft gezeigt, daß Beschränkung oder Aufhebung des Waren- und Kapitalaustausches mit andern Wirtschaftsgebieten zum Desintegrationsprozeß der kapitalistischen Wirtschaft selbst führen.

Es soll nun hier dargelegt werden, daß sich auch in einer total oder partiell sozialisierten Wirtschaft und Gesellschaft die Phänomene des Waren- und sogar auch des Kapitalexportes zeigen, so widerspruchsvoll auch diese Behauptung im ersten Moment klingen mag. Unter sozialistischer Wirtschaft sei hier stets eine solche verstanden, in welcher die gesamten Produktionsmittel (im weitesten Sinne des Wortes) in den Besitz der Allgemeinheit (des Staates) übergeführt sind (sei es ohne oder gegen teilweise oder volle Entschädigung der Vorbesitzer) und der gesamte Prozeß der Warenproduktion, der Warenzirkulation und der Warenverteilung der staatlichen Planung, Leitung und Kontrolle unterworfen ist.

Karl Marx und Friedrich Engels haben mit plastischer Deutlichkeit herausgearbeitet, daß durch die der kapitalistischen Wirtschaft immanente Expansionskraft nach und nach sämtliche Gebiete unseres Planeten mehr oder weniger intensiv in das Getriebe der Marktwirtschaft verflochten werden. Sie haben insbesondere auch die daraus resultierenden Schattenseiten dieser Entwicklung erkannt und analysiert und sich als Ergebnis ihrer Untersuchungen gegen die sich ständig ausweitenden Exportindustrien ausgesprochen. Diese Gedankengänge wurden dann von W. Lenin und seinen Schülern noch schärfer profiliert. Aber auch der erst vor wenigen Jahren verstorbene geniale Franz Oppenheimer hat sie in sein «System der Soziologie» (Band IV, 3. Abteilung, S. 1042 ff.) übernommen. Einer der leitenden Männer des Moskauer Planungsbüros, E. Varga, berührt aber merkwürdigerweise in seiner bekannten Arbeit «Zwanzig Jahre Kapitalismus und Sozialismus» (Ed. Prometheus,

Strasbourg 1938) dieses Problem überhaupt nicht. Er geht in seinen Gedankengängen vom «Geschlossenen Handelsstaat» (J. G. Fichte) aus, wie ihn ja dann später Friedrich List in seiner berühmten Untersuchung «Das nationale System der politischen Ökonomie» umrissen hat.

Auch der bereits erwähnte F. Oppenheimer legt eine ähnliche Entwicklung zugrunde, wenn er auf Seite 332 der 1. Abteilung des IV. Bandes seines zitierten monumentaln Werkes schreibt:

«Diese ganze (römische) Gesellschaftsordnung leidet ja, wie jede kapitalistische Ordnung, an der Unmöglichkeit, ihr Gesamterzeugnis auf dem inneren Markt abzusetzen, aus dem klaren Grunde, weil die gesamten Arbeitenden zusammen mit ihrem Arbeitseinkommen ihr Erzeugnis nicht zurückkaufen können. Die Aufnahmefähigkeit der Herrenklasse, der der Mehrwert zufließt, für Massenprodukte ist eng begrenzt. Die Folge ist überall, in der Antike wie in der Neuzeit, die Notwendigkeit eines starken Exportindustrialismus.»

Gegen die Richtigkeit dieser Beweisführung wird nichts einzuwenden sein. Diese Vorstellungen scheinen aber einer Ergänzung zu bedürfen. Besteht nicht auch für die sozialisierte Wirtschaft und Gesellschaft «die Notwendigkeit eines starken Exportindustrialismus»?

Außenhandel ist ja nicht Selbstzweck als solcher, sondern er dient dazu, einer Volkswirtschaft die (meistens aus natürlichen Gründen) fehlenden Güter im Tausch zu verschaffen. Sowohl eine rein landwirtschaftliche oder bergbauliche als auch eine rein industrielle oder gemischtwirtschaftliche Volkswirtschaft, gleichgültig, ob kapitalistisch oder sozialistisch organisiert, wird auf den Tausch an Gütern und Dienstleistungen mit andern Volkswirtschaften angewiesen sein.

Zunächst eine Klarstellung: Kapital ist nach der Definition der klassischen Nationalökonomie jede technische Form, in der Arbeitsergebnisse zum Einsatz in einem beliebig späteren Zeitpunkt aufgespeichert werden können. Sie werden daher im Gegensatz zum natürlichen Produktionsmittel des Grund und Bodens als «produzierte Produktionsmittel» bezeichnet. Eine Maschine ist beispielsweise in diesem Sinne als «Kapital» anzusprechen.

In Übereinstimmung mit K. Helfferich (Das Geld, Bd. I, S. 219) ist Geld als das sachliche Zwischenglied des Verkehrs anzusehen (während der Händler das personale darstellt) und dient als Mittelsgut für Zwecke der Güterübertragung von Person zu Person in allen seinen Formen. Unter bestimmten Voraussetzungen kann daher Geld ebenfalls Kapital sein und ist es auch in unzähligen Fällen.

Auch sei unterstrichen, daß mindestens theoretisch jeder «Ausfuhr» (sei es an Kapital, Gütern oder Dienstleistungen) auch eine «Einfuhr» gegenübersteht; es ist irrelevant, daß diese Einfuhr, praktisch gesprochen die Bezahlung für die Ausfuhr, zu einem späteren Zeitpunkt vorgenommen werden kann und unter Umständen auch an einem dritten Ort stattfindet.

Insbesondere wäre hervorzuheben, daß die gesamte moderne Verkehrswirtschaft ohne das Prinzip der internationalen Arbeitsteilung undenkbar erscheint und weitgehend von deren Gedeihen abhängig ist. Diese Interdependenz der Weltwirtschaft läßt sich als einer der stärksten Kulturfaktoren ansprechen. Sie bildet überhaupt die Grundlage der städtischen (industriellen) Hochkulturen unserer Epoche. Aber wir erleben, daß nicht nur die physische Existenz der Menschenmassen unserer

Zivilisation durch Bedrohung dieser Hochkulturen gefährdet ist, sondern auch alle von ihr geschaffenen geistigen Symbole und Errungenschaften, welche ihr Charakteristikum bilden.

Anders ausgedrückt: auch eine sozialisierte Wirtschaft kann sich nicht aus der Weltwirtschaft ausschließen, ist auf Einfuhr und Ausfuhr von Kapitalien, Gütern und Dienstleistungen aller Art angewiesen. Verzichtete sie darauf, so würde sie den Versuch machen, autark zu werden. Zu welchen Konsequenzen dies führt, haben wir schauernd erleben müssen.

Daher wird sich auch eine (total oder partiell) sozialisierte Wirtschaft mit dem Problem des «Exportes» auseinandersetzen haben: sie exportiert Rohstoffe, Lebensmittel, Komplementärgüter oder importiert Maschinen, Halbfabrikate, Konsumgüter und ist auf Dienstleistungen (Patente, Frachten, Reiseverkehr, Rechtshilfe usw.) anderer Volkswirtschaften angewiesen.

Wir glauben sagen zu können, daß eine sozialisierte Wirtschaft und Gesellschaft die ihr inhärenten Gesetzmäßigkeiten nur nach innen wirken lassen kann; beim äquivalenten, zwischenstaatlichen Tausch ist auch sie den Gesetzen des freien Marktes, dem Gesetz der «komparativen Kosten», unterworfen, kann sie die sich aus Angebot und Nachfrage ergebenden Phänomene nicht übersehen.

Dies dürfte auch zutreffen, wenn sie mit andern, gleichartig organisierten Wirtschaften tauscht oder wenn sie auf dritten (sozialistischen oder kapitalistischen) Märkten auf die Konkurrenz von andern (sozialistischen oder kapitalistischen) Wirtschaften stößt.

Diese Thesen, als richtig unterstellt, machen evident, daß sich auch für eine sozialistische Wirtschaft «die Notwendigkeit eines starken Exportindustrialismus» ergeben kann. Rohstoffarme Länder, wie etwa die Schweiz oder Deutschland, können ihre Bevölkerung nur durch intensivste industrielle Betätigung ernähren. Rohstoffe und Lebensmittel müssen weitgehend aus der gesamten Welt importiert werden, während Bezahlung dafür nur durch Arbeit, durch Industriewaren, erfolgen kann.

Die vorstehend angedeutete Anarchie des Marktes scheint, wenn wir richtig sehen, letztlich nur durch eine *planetare Totalplanung* aufzuheben sein, welche für den Moment lediglich als Arbeitshypothese existiert.

Innerhalb der sozialistischen Wirtschaft werden die Auswirkungen des Marktes durch ein Außenhandelsmonopol (des Staates) aufgefangen werden, welches zu weitgehender Isolierung des gesamten Preis- und Kostengefüges der Binnenwirtschaft gegenüber dem weiterbestehenden Weltmarkt führt.

E. Varga betont in seiner bereits angeführten Arbeit (a. a. O., S. 117), daß in der sozialistischen Planwirtschaft der Sowjetunion das Wirken des Wertgesetzes aufgehoben sei und die Arbeit einen unmittelbaren gesellschaftlichen Charakter trage. Im zwischenstaatlichen Verkehr aber dürfte das Wertgesetz keinesfalls zu eliminieren sein.

Wurde nun versucht, hier nachzuweisen, daß sich auch für die sozialistische Wirtschaft die «Notwendigkeit eines starken Exportindustrialismus» ergeben kann, so soll nun noch die Frage geprüft werden, ob sie unter Umständen auch «Kapital-export» (hier im landläufigen, engeren Sinn) betreiben kann und muß.

Eine sozialistische Industriewirtschaft kann in die Lage kommen, in einem dritten Land ein Elektrizitätswerk auf eigene Rechnung zu errichten und aus dessen

Betrieb eine Dauernutzung zu ziehen, eine Eisenbahnlinie zu betreiben oder Ähnliches. In diesem Falle aber würde der Dauerertrag nicht dem «unbekannten Aktionär», sondern der (errichtenden) sozialistischen Staatswirtschaft, somit der Allgemeinheit, zufließen. Ebenso kann sich für eine sozialistische Wirtschaft die Notwendigkeit ergeben, beispielsweise in dritten Ländern Bergwerksgerechtheiten zu erwerben und zu nutzen, um der heimischen Wirtschaft Dauerversorgung an Mineralien zu sichern.

In der «entfalteten Verkehrswirtschaft» unserer Zeit sehen wir in derartigen oder ähnlichen Vorgängen nichts, was den Grundsätzen einer sozialistischen Wirtschaftsordnung widersprechen würde. Wir sind der Auffassung, daß gerade die höhere Wirtschaftsform des Sozialismus zur besseren Versorgung mit Konsumgütern in weitestem Umfange auf zwischenstaatlichen Tausch an Gütern und Dienstleistungen (auch als Dauernutzung) angewiesen ist.

Es sei nur am Rande vermerkt, daß eine staatskapitalistische Wirtschaft und Gesellschaft (und eine sozialisierte Wirtschaft und Gesellschaft scheint nicht anders als in der Form des Staatskapitalismus denkbar zu sein) genau wie das Privatkapital verzinliche und amortisierbare Anleihen ausgibt, solche Anleihen auch ausländischen Staaten geben oder von ihnen nehmen kann.

Ob für Ein- und Ausfuhren der sozialistischen Wirtschaft nach andern Grundsätzen als innerhalb der kapitalistischen Ordnung gerechnet werden muß, dürfte (mit gewissen Einschränkungen) zu verneinen sein. Die kapitalistische Wirtschaft hat eine privatwirtschaftliche, die sozialistische eine volkswirtschaftliche Rente zu erarbeiten. In beiden Fällen kann unter bestimmten Voraussetzungen «Dumping»-Export möglich und notwendig sein. Das Kosten- und Preisgefüge der sozialistischen Wirtschaft wird, wie bereits angedeutet, durch ihr Außenhandelsmonopol gegenüber den Weltmarktpreisen isoliert und reguliert werden können.

Die hier geäußerten Gedankengänge sollen nichts Endgültiges aussagen, sie unterliegen sicherlich auch weitgehenden Modifikationen. Es soll lediglich die Diskussion um ein Problem in Gang gebracht werden, das anscheinend bisher noch nicht genügend gewürdigt wurde.

Anmerkung der Redaktion: Wir publizieren diesen Aufsatz, ohne zu seinem Inhalt Stellung zu nehmen. Wir teilen den Wunsch des Verfassers, daß eine Diskussion über das von ihm behandelte Thema in Gang kommen möge.